©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DENISE ARTAUD

DIE HINTERGRÜNDE DER RUHRBESETZUNG 1923

Das Problem der interalliierten Schulden

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Streitkräfte im Jahre 1923 wird zumindest in einem Aspekt von der Geschichtsschreibung einhellig bewertet: alle sind der Ansicht, daß sie ein wichtiger Wendepunkt in der europäischen Geschichte war. Ihre Aufhebung bedeutete in der Tat die Aufgabe der Politik der Stärke gegenüber Deutschland, das Ende einer eigenständigen Außenpolitik Frankreichs, den Beginn des amerikanischen Einflusses auf den Wiederaufbau Europas mittels Dawes-Plan und Bank-Darlehen, aber auch eine Verbitterung des deutschen Nationalgefühls, deren Auswirkungen eine deutsch-französische Versöhnung nicht gerade erleichterten.

Andererseits gehen die Meinungen über die Gründe dieser Besetzung weiterhin stark auseinander. Für einen – allerdings immer mehr schwindenden – Teil war die Entscheidung Poincarés vom Druck der Geschäftswelt beeinflußt, ja veranlaßt worden. Oder sie sei durch seine juristische Engherzigkeit verursacht gewesen, durch seine Weigerung, sich neuen Situationen anzupassen und damit auch zu begreifen, daß die gesamte 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzte Reparationssumme revidiert werden müßte.

Nach anderer Auffassung wiederum war diese Besetzung seit 1919 vorbereitet und angestrebt worden, als Ausdruck und Teil einer Rheinland-Politik, die auf eine Auflösung des Deutschen Reiches hinzielte[1].

Sicher kann man die Existenz einer solchen Rheinland-Politik in gewissen führenden Kreisen Frankreichs ebensowenig leugnen wie den weit vor 1923 liegenden Ursprung der Idee einer Besetzung des Ruhrgebietes. Aber einesteils scheint diese Rheinland-Politik im Herbst 1923, als der passive Widerstand zu zu Ende war, sehr viel mehr Gewicht gehabt zu haben als ein Jahr früher, als Poincaré die Besetzung der Ruhr ins Auge faßte[2]. Andernteils muß noch gezeigt werden, warum sich der Gedanke eines Rückgriffs auf die Gewalt gerade im Jahre 1923 aufdrängte. Die große Schwäche der eben aufgezeigten Interpretationen liegt aber darin, die Ruhr-Affäre auf einen simplen deutsch-französischen Konflikt zu reduzieren, während sie sich doch offensichtlich unter einem sehr viel

---

[1] Vgl. insbesondere Ludwig Zimmermann, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawes Plan, Göttingen 1971; Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

[2] Über die französische Rheinlandpolitik siehe Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 novembre 1918–10 janvier 1925, de l'exécution à la négociation, Paris 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiterreichenden Aspekt abspielte: den Anstrengungen Frankreichs, seine Rolle als Großmacht wiederzugewinnen, nicht nur Deutschland gegenüber, sondern auch gegenüber England und den Vereinigten Staaten. So kann die Entscheidung Poincarés nicht isoliert werden von einer Gegebenheit, die die französischen Staatsmänner dieser Periode ständig beschäftigte und die trotzdem oft von den Historikern vergessen wird, nämlich der Frage der interalliierten Schulden. In diesem Aufsatz soll die von Poincaré im November 1922 getroffene Entscheidung zugunsten einer gewaltsamen Aktion im Zusammenhang mit jener Frage untersucht werden.

Das Scheitern der Londoner Konferenz (August 1922)

Die politische Krise, die zur Ruhrbesetzung führte, begann im Juli 1922 mit der deutschen Forderung nach einem neuen Moratorium für die Reparationszahlungen. Im Laufe der folgenden Monate, besonders während der Konferenz in London, erhob sich in den interalliierten Verhandlungen neben der Frage der Bedingungen, unter denen dieses Moratorium gewährt werden sollte, auch das Problem der Höhe der Reparationen. Für eine wachsende Zahl von Beobachtern war es nämlich offensichtlich geworden, daß die 1921 in London festgesetzte Summe von 132 Milliarden Goldmark die Zahlungs- und Transferkapazität Deutschlands überstieg, und vor allem, daß die Höhe dieses Betrages eine schnelle Abwicklung der Reparationszahlungen durch Aufbringen der Kapitalien ausschloß. Besonders dieser letzte Umstand wurde mit Eklat herausgestellt durch das Anleihe-Komitee, das, von Repräsentanten der amerikanischen, englischen, französischen, deutschen und niederländischen Zentralbanken gebildet, den Auftrag hatte, die Bedingungen für die Auflage einer Anleihe durch Deutschland zu untersuchen, und das am 10. Juni ohne Ergebnis auseinander gegangen war.

Die Haltung des französischen Repräsentanten in diesem Komitee, der als einziger dagegen war, daß seine Kollegen und er selbst die Möglichkeit einer eventuellen Reduzierung der Reparationen untersuchten, ist eines der Anzeichen, die glauben machten, daß die französische Regierung, und vor allem Poincaré, zu dieser Zeit unerbittlich gegen eine Änderung des Zahlungsplanes von 1921 eingestellt gewesen sei. Die französischen Dokumente zeigen allerdings, daß davon in Wirklichkeit nicht die Rede sein kann. Das Finanzministerium, dem Poincaré schließlich recht gab, akzeptierte durchaus die Idee einer wesentlichen Reduzierung der Reparationen, unter der Bedingung, daß sie von einer entsprechenden Reduzierung der interalliierten Schulden begleitet werde. Warum diese Verbindung? Um dies zu erklären, muß an das Gewicht der Kriegsschulden für Frankreich erinnert werden und an die darauf abgestellten leitenden Prinzipien der französischen Politik seit 1919.

Obwohl die Gesamtsumme der französischen Kriegsschulden erst 1926 durch Konsolidierungsabkommen mit der britischen und der amerikanischen Regierung

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Summe auf etwa 65 Milliarden reduzieren. Nun beliefen sich, durch einen seltsamen Zufall, die Personenschäden, die interalliierten Schulden und die C-Obligationen des Reparationszahlungsplans[9] auf ungefähr die gleiche Ziffer: 71 Milliarden Goldmark. Tannery machte infolgedessen den Vorschlag, die Bons der C-Obligationen gegen die interalliierten Schulden aufzurechnen. Die Schwierigkeiten dieses Projekts sah er aber durchaus: die französischen Schulden betrugen weniger als 52% der Gesamtsumme der interalliierten Schulden. Frankreich würde mit den C-Bons einen niedrigeren Prozentsatz haben, als es nach dem Abkommen von Spa zu erwarten hatte. Zur Kompensation schlug Tannery vor, für Frankreich 66% des Gesamtbetrags der A- und B-Obligationen zu verlangen. War das aber für Großbritannien annehmbar, dessen Prozentsatz dadurch im gleichen Maße reduziert werden würde? Ebenso war es wenig wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten die C-Bons als Schuldenzahlung sofort akzeptieren würden. Trotzdem regte Tannery eine Verständigung zwischen allen Schuldnern der USA und Deutschland an, um auf die Washingtoner Regierung Druck auszuüben, sowie den Abschluß einer vorläufigen Übereinkunft zwischen den Europäern, die einen Austausch der C-Bons im Verhältnis der intereuropäischen Schulden vorsehen sollte.

Die Note Tannerys scheint den Finanzminister Lasteyrie stark beeinflußt zu haben. Er erbat eine Stellungnahme der Morgan-Bank zu einem eventuellen Austausch der C-Bons und der interalliierten Schulden, und Parmentier, der im Sommer 1922 nach Washington fuhr, um mit der World War Foreign Debt Commission[10] zu verhandeln, hatte in seinen Akten eine Aufzeichnung über die Notwendigkeit, die deutsche Schuld auf einen Betrag zurückzuführen, der seine Kommerzialisierung erlauben würde: 45 Milliarden Goldmark gemäß den britischen Forderungen, 65 Milliarden gemäß den französischen. Diese Reduzierung müßte selbstverständlich durch den Austausch und die Annullierung der C-Bons und der interalliierten Obligationen kompensiert werden[11].

Man war im Finanzministerium offensichtlich auf der Suche nach einem Kompromiß, der einen Ausgleich erlaubte zwischen den Interessen Frankreichs und der Notwendigkeit, durch eine Reduzierung der Reparationen den internationalen Finanzkreislauf wieder anzukurbeln. Aber diese Projekte stießen am Quai d'Orsay auf große Bedenken. Der stellvertretende Direktor der Handelsabteilung, Seydoux, wußte durch Logan, den offiziellen Repräsentanten der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, daß man in Amerika den Austausch

---

[9] Der 1921 in London vereinbarte Zahlungsplan sah eine Aufteilung der Reparationen in A-, B- und C-Obligationen vor; vgl. Carl Bergmann, Der Weg der Reparation, Frankfurt 1926, S. 102.

[10] Über die aus Vertretern des Kongresses und der Regierung zusammengesetzte amerikanische World War Foreign Debt Commission vgl. Dieter Bruno Gescher, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924, Bonn 1956, S. 102.

[11] Lamont an Morrow, 5. 5. 1922, in: Morrow Papers (Amherst College), Dossier Lamont; Aufzeichnung im Dossier Parmentier, AF F 30/784.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung der Auslandswerte vermindert. Aber die Ausgewogenheit der Haushaltsrechnung wurde peinlich eingehalten. Angesichts des Anschwellens der für den Wiederaufbau notwendigen Einfuhren und der Devisenausgänge, die durch die Tilgung der als Handelsschulden behandelten Kriegsschulden entstanden, ergab sich ein Devisenabfluß, der bis zum Beginn der 30er Jahre sehr beträchtlich blieb[6].

So konnte die Rückerstattung der Kriegsschulden für die Ausgewogenheit der Zahlungsbilanz und die Geldwertstabilität bedrohlich werden. Denn ohne stabile Währung, schrieb Jacques Seydoux 1926[7], ist keine „aktive Außenpolitik" möglich. Im übrigen würde die Höhe der Rückzahlungen, wenn alles so bliebe, die Wiederbelebung der Darlehensgeschäfte im Ausland bremsen. Wenn man sich an den Einfluß erinnert, den die russischen Anleihen auf die französische Diplomatie am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatten, so begreift man schnell, daß die Rückzahlung der Kriegsschulden, wie man es auch betrachtet, die Chancen einer „aktiven Außenpolitik" verringern konnte, während England, gleichermaßen geschwächt, seine Aktionsmöglichkeiten sehr wohl behielt und die Vereinigten Staaten ihre finanzpolitische Lehrzeit durchmachten.

Aus allen diesen Gründen verkündete die französische Regierung ab 1919 sehr deutlich, daß sie ihre Schulden nicht abstreite, aber sie nicht bezahlen könne, bevor sie nicht selbst durch Deutschland entschädigt worden sei. Das ist die These von der Priorität der Reparationen vor den Schulden; und die Konsequenz dieser These ist ganz offensichtlich, daß man die Reparationen nicht kürzen könne, ohne die Schulden zu reduzieren.

Die konkrete Anwendung dieser Prinzipien findet man in einer Note, die Tannery, der Chef der Deutschlandabteilung im Finanzministerium, am 30. Januar 1922 vorgelegt hat[8]. Ausgangspunkt dieser Note sind nicht die deutschen Schwierigkeiten, 132 Milliarden Goldmark zu überweisen, sondern das Unvermögen Frankreichs, seinen Anteil (52%) in Gänze aufzunehmen. Die Aufnahmekapazität Frankreichs, sei es in Bargeld oder Produkten, zugrundelegend, schlug er vor, die Reparationen auf etwa 68 Milliarden Goldmark zu verringern. Auf anderem Wege kam er ebenfalls zu einer solchen Summe, die politisch sehr viel leichter zu rechtfertigen war: von den 132 Milliarden Goldmark, die man Deutschland auferlegt hatte, betrafen 71 Milliarden Personenschäden und 61 Milliarden materielle Schäden. Wenn man nun nur die Schäden an Gütern und die Kriegsschuld gegenüber Belgien in die Reparationen einbezog, könnte man

[6] Von 1919 bis einschließlich 1929 hat die französische Regierung 2.322 Millionen Dollar an Handelsschulden zurückerstattet, d. h. für Anleihen, die zwischen 1914 und 1918 bei Banken und neutralen Regierungen aufgenommen worden waren; Archives du Ministère des Finances (künftig zit.: AF) F 30/1438.

[7] Aufzeichnung Seydoux vom 17. 11. 1926; Archives du Ministère des Affaires Etrangères (künftig zit.: AE) B 14–11, XVII. Jacques Seydoux war stellvertretender Direktor der Handelsabteilung im Außenministerium, bevor er 1924 stellvertretender Direktor der Politischen Abteilung wurde.

[8] Note Tannerys vom 30. 1. 1922; AE, papiers Millerand, dossier 19.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

endgültig festgesetzt wurde, kannte man in Paris ihre ungefähre Höhe – 1919 waren es 5,5 Milliarden Dollar[3]. Man war sich auch im klaren darüber: wenn man von London und Washington keine Zahlungserleichterungen bekommen, oder noch besser eine Verringerung des Schuldenkapitals bewirken könnte, dann würden die inneren und äußeren Finanzverhältnisse Frankreichs erheblich belastet werden, vor allem die inneren Finanzen. Die Psyche der Masse und die Schwäche des französischen Finanzmarktes machten es unmöglich, die Kriegsschulden durch eine interne Staatsanleihe aufzubringen. Eine Auslandsanleihe schien ebenso aussichtslos, nachdem der Keynes-Plan, der dies vorgesehen hatte, von der amerikanischen Regierung im März 1919 verworfen worden war. Die Schulden hätten folglich mittels eines sofortigen fiskalischen Eingriffs zurückerstattet werden müssen. Nun hatte Frankreich aber, im Vergleich zu Deutschland, das während des Krieges keine Auslandsverschuldung eingegangen war und dessen innere Verschuldung sich durch die Inflation verflüchtigte, beträchtliche innere Staatsschulden und demzufolge eine sehr schwere Steuerbelastung. Sie wegen der Rückzahlungen an die Alliierten und Assoziierten noch zu erhöhen, wäre für die öffentliche Meinung kaum erträglich gewesen und vielleicht sogar gefährlich, wenn sie sich auf die Exportpreise auswirkte. Nach Ansicht der französischen Regierung, wie auch mancher amerikanischer Wirtschaftswissenschafter[4], denen zufolge die Reparationszahlungen gerade nur das fiskalische Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland wiederherstellen würden, müßte, damit die Kriegsschulden nicht zu sehr ins Gewicht fallen, jede Reduzierung der Reparationen logischerweise von einer Reduzierung der Kriegsschulden begleitet werden.

Die Rückzahlung der Kriegsschulden brachte auch heikle Probleme hinsichtlich der Außenfinanzwirtschaft mit sich. Tatsächlich waren die französischen Devisenbestände von 7 bis 8 Milliarden Dollar im Jahre 1914 auf höchstens 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1919 zusammengeschmolzen[5]. Da sich die Kriegsschulden auf mindestens 5,5 Milliarden Dollar beliefen, war es ausgeschlossen, sie zu begleichen. Dazu kam, daß die französische Außenhandelsbilanz seit 1865 traditionell defizitär war. Die unsichtbaren Eingänge waren durch die Reduzie-

[3] Nach H. E. Fisk, The Inter-Ally Debts. An Analysis of War and Post-War Public Finance 1914–1923, New York 1924. Knappe Darstellung des Problems der interalliierten Schulden nach dem Ersten Weltkrieg in deutscher Sprache bei Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919–1929 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfram Fischer, Bd. 3), München 1978. Zum allgemeinen Rahmen des Problems vgl. jetzt auch Denise Artaud, La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe 1917–1929, 2 Bde., Paris (Libr. Champion) 1978.

[4] Poincaré an Saint-Aulaire, 29. 6. 1923, in: Documents relatifs aux notes allemandes des 2 mai et 5 juin 1923, Paris 1923; Alpha (Pseud.), Reparations and the Policy of Repudation, An American View, in: Foreign Affairs Vol. I, No. 1, Sept. 1923, S. 55–83.

[5] Die französischen Auslandsinvestitionen beliefen sich im Jahre 1914 auf 45 Milliarden Franc in Gold nach H. Moulton. The French Dept Problem, Washington 1925, dagegen auf nur 38 Milliarden nach den Ausführungen von M. Lévy-Leboyer auf dem Kongreß der Wirtschaftshistoriker in Paris im Oktober 1973.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der C-Bons und der interalliierten Schulden als „lächerlich" beurteilte[12]. Darüberhinaus blieb Seydoux überzeugt davon, daß es nur Böswilligkeit war, die Deutschland davon abhielt, zu zahlen. Auch als Delacroix, der belgische Delegierte in der Reparationskommission, die Annahme eines Plans vorschlug, der dem des Finanzministeriums ähnlich war (Verzicht auf die Kriegsschulden und auf den britischen Anteil der Reparationen, Anleihe von 40 Milliarden Goldmark), erwiderte Seydoux, daß Frankreich und Belgien kein Interesse daran hätten, die Initiative zu ergreifen. Alle Pläne, die eine Reduzierung der Reparationen vorsähen, würden so sehr den Interessen der deutschen Industriellen und der amerikanischen Bankiers dienen, daß man sich unbedingt davor hüten müsse. Für Frankreich und Belgien sei es das klügste, abzuwarten und die Pfänder zu behalten, die sie besitzen[13].

Zwischen den divergierenden Positionen des stellvertretenden Direktors seiner Handelsabteilung und seines Finanzministers scheint Poincaré sich aber für die zweite entschieden zu haben. Als am 7. August die Londoner Konferenz begann, die über die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland zu befinden hatte, drückte der Ministerpräsident die Hoffnung aus, daß man durch eine entsprechende Nutzbarmachung der C-Bons eine angemessene Regelung der interalliierten Schulden erreichen könne. Wenn die Note Balfours nicht darauf abgestellt gewesen wäre, hätte er, so versicherte er, nachdrückliche Vorschläge in diesem Sinne gemacht[14].

Die Balfour-Note, am 1. August an alle Schuldner Englands gerichtet, ist wohlbekannt. Die britische Regierung erinnerte daran, daß sie bereit sei, alle Schuldforderungen, die sie in Europa habe, zu erlassen, wenn die Vereinigten Staaten dasselbe täten. Da aber die Haltung der amerikanischen Regierung eine solche Politik verbiete, sehe sich die Londoner Regierung gezwungen, von ihren eigenen Schuldnern Maßnahmen zur Rückzahlung zu verlangen, wobei sie ausdrücklich von ihnen und Deutschland nur die Beträge verlange, die sie zur Rückzahlung an ihre eigenen Gläubiger, die USA, benötige. Auf den ersten Blick wirkt diese Note generös, weil Großbritannien höhere Forderungen als eigene Schulden hatte und da das vorgeschlagene Verfahren auf eine Reduzierung seiner Aktivschulden hinauslief. Studiert man aber den Kontext dieser Note und ihren Sinn, so wird verständlich, warum sie zu einer Verhärtung der Haltung des französischen Ministerpräsidenten führen mußte.

Die Absendung der Balfour-Note stand in ursächlichem Zusammenhang mit der am 7. Juli von der britischen Regierung getroffenen Entscheidung, eine Mission nach Washington zu schicken, um die Kriegsschulden zu konsolidieren. Aus den britischen Akten ist zu entnehmen, daß diese Entscheidung von zweierlei Beweggründen bestimmt wurde: Einesteils war es notwendig, das Pfund Ster-

---

[12] Aufzeichnung Seydoux vom 15. 3. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 20.

[13] Aufzeichn. Seydoux vom 23. 6. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 21.

[14] Etienne Weill-Raynal, Les réparations allemandes et la France, Bd. II, Paris 1947, S. 201.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ling zu stabilisieren, was unmöglich war, solange die enorme Aktivschuld zugunsten der amerikanischen Regierung bestand. Diese Stabilisierung erforderte aber die Zusammenarbeit mit dem Federal Reserve System[15], eine Kooperation, die wenig wahrscheinlich war, solange die Kriegsschulden nicht festgelegt waren. Im übrigen waren diese Schulden ein Hindernis für die politische Zusammenarbeit der Amerikaner, die jedoch für eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung Europas sehr wesentlich gewesen wäre. Während eines Essens mit den wichtigsten Mitgliedern des britischen Kabinetts, das am 5. Juli in der Downing Street stattfand, erklärte der Botschafter der Vereinigten Staaten, Harvey, daß die Unterzeichnung eines Abkommens über die Schulden die im Laufe des vorangegangenen Winters während der Washingtoner Flotten-Konferenz geknüpfte anglo-amerikanische Verständigung noch fester schmieden würde; die britischen Minister waren von dieser Perspektive ganz offensichtlich fasziniert[16].

Die Entscheidung, die Kriegsschulden zu konsolidieren, war ein bedeutender Wendepunkt in der englischen und ohne Zweifel auch in der europäischen Politik. Seit 1919 schien Großbritannien, gleichzeitig Gläubiger und Schuldner, zwischen diesen beiden Rollen geschwankt zu haben, wenn es auch schon eher zur ersteren neigte. Aber 1922 schöpften die britischen Politiker Hoffnung, daß ihr Land trotz der Kriegsverluste und der Höhe des zu zahlenden Preises durch die Verständigung über die Kriegsschulden mit den USA zu einem weltweiten gemeinsamen Kondominium gelangen könnte. England ging nun endgültig in das Gläubigerlager über. Somit hatte man künftighin in London auch wenig übrig für französische Pläne – wie den von Tannery –, die eine Absprache unter allen europäischen Staaten, einschließlich Deutschlands, vorsahen, um auf die USA Druck auszuüben.

Insofern stand die Balfour-Note, als Folge der Entscheidung vom 7. Juli, sowohl ihrem Sinne wie ihrem Anlaß nach den französischen Plänen genau entgegen. Denn statt den Zusammenhalt zwischen den Alliierten enger zu knüpfen, stellte sie England in die Position eines Schiedsrichters über die Alliierten und Deutschland, die sie wechselseitig haftbar machte für die Summen, die England zur Rückzahlung seiner Schulden brauchte. Wie Keynes zeigte[17], war das eine absurde Lösung, denn je weniger Deutschland zahlen würde, umso schwerer würde es Frankreich treffen.

Darüberhinaus kehrte die Balfour-Note wieder zu der Auffassung zurück, die von Deutschland bezahlten Summen vorrangig für die Rückzahlung der Kriegsschulden zu verwenden. Das, was England vereinnahmte, würde an die

---

[15] Federal Reserve System ist die zentrale Bank- und Kreditorganisation der Vereinigten Staaten.

[16] Public Record Office (künftig zit.: PRO), Cabinet Meeting 7. 7. 1922, Cab. 23/30, FO 4624/236/45.

[17] John Maynard Keynes in: The Nation, 24. 1. 1925.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

USA weitergereicht. Das Geld, das Frankreich erhielt, sollte zwangsläufig teilweise oder ganz zur Deckung der französischen Schulden gegenüber London und zweifellos auch der gegenüber Washington dienen. Die Note Balfours stellte also in gewisser Weise eine Priorität der Schulden gegenüber den Reparationen im eigentlichen Sinne (Reparationen der Schäden) her, während die französische These genau das Gegenteil bezweckte.

Das veranlaßte Poincaré, in London sehr nachdrücklich aufzutreten. Die Balfour-Note, so sagte er am 7. August im wesentlichen, versperre den Weg zu einer Reduzierung und damit zu einer Mobilisierung der deutschen Schuld. Wenn man Deutschland praktisch verbiete, sich durch Anleihen zu entlasten, so müsse man es durch Zwangsmittel zum Zahlen bringen, durch Kontrollen und Faustpfänder. Quintessenz der Äußerungen Poincarés gegenüber der britischen Regierung war also: entweder macht England in der Schuldenfrage ausreichende Konzessionen, um eine den Interessen Frankreichs entsprechende Regelung der Reparationen zu erlauben, oder es geht das Risiko ein, daß Frankreich auf eine isolierte Aktion zurückgreift. Denn die Drohung mit einer isolierten Aktion war vom französischen Ministerpräsidenten nicht nur der deutschen Regierung gegenüber als Druckmittel gedacht, sondern gleichermaßen, um die Londoner Regierung zu einem Vergleich zu bringen. „Ich denke nicht daran, England mit leeren Händen gegenüberzutreten und ihm zu sagen, ich könne nichts machen!", erklärte er im außenpolitischen Ausschuß des Senats am 7. Juni. „So hat man es seit zwei Jahren ständig getan; die Presse hat das zu oft wiederholt, ebenso wie gewisse Politiker. Wenn England weiß, daß wir ohne es gar nichts tun können, dann wird es uns überall hinbringen, wo es will."[18]

Mit anderen Worten, Poincaré blieb dem Prinzip des Vorrangs der Reparationen vor den Schulden treu, das alle französischen Regierungen vor ihm vertreten hatten. Aber durch die Erfahrung gewitzigt, glaubte er im Unterschied zu seinen Vorgängern, daß der Einsatz zu bedeutend sei, als daß es ihm gelingen könne, seine Gesprächspartner durch seine Überredung zu überzeugen. Es schien ihm also notwendig, wie immer in internationalen Angelegenheiten, bereit zu sein, auf die ultima ratio zurückzugreifen, auf die Waffengewalt. Aber wurde diese Sprache im August 1922 von der britischen Regierung verstanden? War sich diese des Ernstes der französischen Situation bewußt und der Notwendigkeit, Konzessionen zu machen, wenn sie den Bruch vermeiden wollte? Hat sie im bejahenden Fall begriffen, daß das beste Mittel, Frankreich zu beruhigen, ein Übereinkommen in der Schuldenfrage wäre?

Die Beratungen des britischen Kabinetts vom 10. August über die Modalitäten eines Deutschland zu gewährenden Zahlungsaufschubs sind darüber sehr aufschlußreich. Nur Lord Curzon, der Außenminister, verlangte, daß die britische Regierung ihr Möglichstes tun solle, um einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Denn in diesem Fall würde Frankreich von Belgien, Italien und der

[18] Archives du Sénat (zit. mit spezieller Genehmigung).

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kleinen Entente unterstützt werden und damit imstande sein, Europa seine Politik zu diktieren. England würde dann von neuem so schwere Stunden erleben, wie vor dem Abschluß der Entente Cordiale. Aber nach Meinung des Premierministers, dem der Schatzkanzler und der Lordkanzler zustimmten, würde England nicht isoliert bleiben. Die Vereinigten Staaten, Italien und sogar die Sozialisten und die Flamen in Belgien würden es unterstützen. Im übrigen wäre die Aktion Poincarés nicht durch wirtschaftliche oder finanzielle Notwendigkeiten motiviert, sondern durch parteiische Beweggründe, von dem Wunsch, in Europa eine französische Oberherrschaft zu errichten. Die Sache sei schließlich zu wichtig, als daß England nachgeben könne[19].

Das Kabinett entschied also, dem französischen Standpunkt keine wichtigen Konzessionen zu machen, was geradewegs zum Scheitern der Londoner Konferenz führte. Sie ging am 14. August auseinander, ohne wesentliche Beschlüsse gefaßt zu haben, ja sogar ohne zu einer Übereinkunft über die Bewilligung eines Zahlungsaufschubs für Deutschland gelangt zu sein. Aber man beschloß, im November erneut zusammen zu kommen, wenn die von den europäischen Regierungen zwecks Konsolidierung ihrer Schulden nach Washington entsandten Missionen zurück und somit die amerikanischen Absichten besser bekannt sein würden[20]. Dieser Beschluß illustriert sehr gut die bremsende Rolle, die das Problem der interalliierten Schulden in der Reparationskrise des Sommers 1922 spielte. Eine zweite Beratung im britischen Kabinett am 14. August zeigte übrigens, daß London entgegen den im Juli gehegten Hoffnungen – als man entschied, dem amerikanischen Schatzamt die Schulden zurückzuzahlen – weit davon entfernt war, eine größere Manövrierfreiheit zur Regelung der europäischen Situation wiederzugewinnen. Denn nun war die britische Regierung hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, ihren Partnern substantielle Vorschläge zu machen, um sich keinen Vorwürfen seitens der öffentlichen Meinung im eigenen wie im Auslande auszusetzen, und dem Unvermögen, irgendetwas Ernsthaftes vorzuschlagen; denn sie riskierte dadurch einen wesentlichen Trumpf zu verlieren, der ihr dann tragischerweise auf dem internationalen Schachbrett fehlen könnte, wenn sich die Auseinandersetzungen über die europäische Ebene hinaus ausweiten, das heißt die Vereinigten Staaten einbeziehen würden.

Diese halbe Lähmung des britischen Kabinetts äußerte sich zunächst in der Entscheidung, mit den Vereinigten Staaten gemeinsames Spiel zu machen, gewissermaßen „in den Klub der Gläubiger" einzutreten. Aber sie hatte andere Gründe, insbesondere eine falsche Einschätzung des Charakters von Poincaré. Man war in London nahe daran zu glauben, der französische Ministerpräsident bluffe nur. Außerdem waren Lloyd George und andere Mitglieder des Kabinetts der Meinung, ein etwaiger Bruch wäre für Großbritannien weniger nachteilig als für Frankreich. Seit 1919 sei man nur von einer Konzession zum anderen Kompromiß

---

[19] PRO, Cab. 23/30.

[20] E. Weill-Raynal, a. a. O., S. 223.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegangen. Es würde ohne Zweitel ganz gut sein, Frankreich endlich einmal in die Enge zu treiben und ihm so seine Grenzen, nämlich die Unmöglichkeit eines Alleingangs, zu zeigen. Man könnte meinen, die britische Regierung richtete sich absichtlich auf eine Politik des Schlimmsten ein. Tatsächlich wäre es richtiger zu sagen: sie war zweifellos überzeugt, das Schlimmste würde nicht eintreten, da sie die Trümpfe und den Willen zum Gegenangriff auf der anderen Seite weidlich unterschätzte. Wenn man sich aber weigert, das Unglück abzuwenden, riskiert man dann nicht, es umso sicherer hereinbrechen zu lassen?

Von der Londoner zur Pariser Konferenz (August 1922–Januar 1923)
Die französisch-britische Uneinigkeit über die Prozentsätze von Spa

Wenn die britische Regierung blind und taub war gegenüber den französischen Forderungen, so stieß die englische Haltung in Paris kaum auf mehr Verständnis. Die Balfour-Note enthielt für die Schuldner der USA tatsächlich nur Nachteile. Denn Großbritannien hatte gegenüber den Alliierten und Deutschland Forderungen von 68 Milliarden Goldmark und es schuldete den Vereinigten Staaten ungefähr 20 Milliarden Goldmark. Indem es von seinen Schuldnern nur soviel zurückforderte wie es zur Deckung seiner eigenen Schulden brauchte, gewährte Großbritannien de facto einen Nachlaß von zwei Dritteln seiner Forderungen. Aber in Paris sah man die Dinge aus einem ganz anderen Blickwinkel. Der Tenor der Note, so unterstrich man, sei ganz und gar unannehmbar. „Die britische Regierung benimmt sich wie ein amerikanischer Steuereintreiber und wir sind seine Geiseln", schrieb „Le Temps" am 3. August. Jacques Seydoux zufolge war es unzulässig, daß die britische Regierung die Alliierten, Deutschland und Rußland auf die gleiche Stufe stellte, zumal die Zahlungsunfähigkeit des letzteren notorisch sei. Mit echt cartesianischer Logik, die das britische Kabinett sicher nicht bedacht hatte, trieb Seydoux die Note bis zu ihren letzten Konsequenzen, um sie umso besser ablehnen zu können. Wenn die Reparationen, wie alle anderen britischen Forderungen, um zwei Drittel gekürzt würden, würde der Anteil Frankreichs auf 23 Milliarden Goldmark zurückgestutzt werden. Frankreich würde dann nicht einmal die Mittel wiedererlangen, die es für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausgegeben hat (25 Milliarden Goldmark), und obendrein behielte es seine Schuldenlast gegenüber den USA, während Großbritannien entlastet wäre[21]. In gewissem Maße unterstellte Seydoux damit der Note Balfours einen Sinn, den sie offensichtlich nicht enthielt. Aber weil die britische Regierung mit dieser in erster Linie für die amerikanische Öffentlichkeit bestimmten Note nur die globale Reduzierung ihrer Forderungen im Auge hatte, hat sie verschwiegen, auf welche Weise sie diese Reduzierung durchzuführen

[21] Aufzeichn. Seydoux vom 3. und 17. 8. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 22.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gedachte. Damit hat sie in Europa allem Argwohn die Schleusen geöffnet. Die Kommentare von Seydoux sind dafür nur ein gutes Beispiel.

Die offizielle Antwort Poincarés vom 1. September auf die englische Note warf der britischen Regierung vor, die Solidarität der Kriegszeit gebrochen zu haben, und formulierte die französischen Gegenvorschläge: Einberufung einer interalliierten Konferenz, die die Schulden und die Reparationen gemeinsam regeln sollte. Frankreich würde hierbei bereit sein, auf alle Forderungen gegenüber Deutschland zu verzichten, die über das für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendige hinausgingen, vorausgesetzt, daß die Priorität der Reparationen über die Schulden anerkannt werde und daß man bei diesen eine den Kriegslasten angemessene Aufteilung vornehme[22].

Seit 1919 war die Formel „angemessene Aufteilung der Kriegslasten" im französischen politischen Sprachgebrauch eine harmlose und geschickte Umschreibung für die Forderung nach Annullierung der Schulden. Die Antwort Poincarés zeigt also, daß Frankreich es akzeptieren würde, die Reparationen zu kürzen – bis auf 55 oder 65 Milliarden Goldmark[23] –, wenn Großbritannien gleichermaßen auf die Rückzahlung der Pensionskosten verzichtete und die Schulden annulliert würden. Die französischen Vorschläge hinsichtlich der Reparationen waren also als Basis für eine Diskussion durchaus geeignet. Mit einer Zustimmung zur Annullierung der Schulden hätte Großbritannien die europäischen Finanzprobleme zweifellos aus der Sackgasse führen können. Es hätte vor allem die Gelegenheit gehabt, die französische Regierung „in die Enge zu treiben", indem es von ihr den Nachweis verlangte, daß die Reparationen nur dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete dienten und in keiner Weise als Mittel für die Errichtung einer französischen Vorherrschaft über Deutschland und das Ruhrgebiet verwendet würden. Andererseits forderte Poincaré mit seiner Antwort auf die Balfour-Note die britische Regierung auf, sich nicht mehr mit Absichtserklärungen zu begnügen, sondern zum Handeln überzugehen. Er erinnerte sie besonders daran, daß die Zusammenkunft einer interalliierten Konferenz über die Schulden und Reparationen, die man im Prinzip im August vereinbart habe und die die französische Regierung erneut offiziell vorschlage, von ihr abhänge.

Aber in London empfand man die französische Antwort als „sehr unangenehm", man war mehr als je auf Zeitgewinn bedacht. Im Herbst 1922 beschleunigte sich der Sturz der Mark[24] und die finanzielle Katastrophe in Deutschland schien unmittelbar bevorzustehen. Bei dieser Perspektive schien es illusorisch und verfrüht, eine Übereinkunft über eine definitive Reparationssumme und damit auch über die Schulden abzuschließen. Jetzt auf Rechte aus früheren Verträgen oder auf die während des Krieges gewährten Darlehen zu verzichten, hieße für

[22] Die Antwort Poincarés an die britische Regierung wurde in der Presse veröffentlicht, vgl. Le Temps vom 3. 9. 1922.

[23] Die Berechnungen in den französischen Akten bewegen sich gewöhnlich zwischen diesen beiden Ziffern.

[24] Im Juni 1922 bekam man für einen Dollar 493 Mark, im Oktober schon 4 000 Mark.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die britische Regierung „die Beute ins Nichts zerrinnen lassen", wie sich Bradbury[25], der britische Delegierte bei der Reparationskommission, ausdrückte. Denn der deutsche Kredit sei so tief gefallen, schätzte er, daß man, um ihn wieder herzustellen, die Reparationen auf 25 Milliarden Goldmark reduzieren müsse. Das würde für Frankreich unannehmbar sein und wäre obendrein für die Alliierten ein schlechtes Geschäft: wenn Deutschland eines Tages wieder auf eigenen Beinen stehe, könnte es sehr viel mehr bezahlen. Mit anderen Worten: akzeptiere man, wie Poincaré vorschlug, daß die Reparationen auf 40 Milliarden Goldmark[26] reduziert werden sollten, und verzichte man als Gegenleistung auf die Schuldforderungen Großbritanniens und seinen Anteil an den Reparationen, so würde das für die britische Regierung einerseits eine ungenügende Konzession sein, weil es nicht ausreichen würde, den deutschen Kredit wieder hochzubringen, und zugleich eine übermäßig hohe Konzession, weil es sie bei den entscheidenden Verhandlungen über die Regelung der Schulden und Reparationen der Zahlungsmittel berauben würde. Diese Regelung würde erst möglich sein, wenn sich die deutsche Situation wieder gefestigt habe und eine Wandlung der amerikanischen Regierung, deren erste Anzeichen Bradbury zu erkennen glaubte, die Annullierung der Schulden erlaube.

Daraus ergeben sich mehrere wesentliche Gesichtspunkte: einesteils weigerte sich die britische Regierung – ganz genau so wie die französische übrigens – vorzeitig auf Rechte aus internationalen Abmachungen zu verzichten, nicht aus juristischem Denken, wie man es oft von Poincaré angenommen hat, sondern mit Rücksicht auf den Charakter der internationalen Beziehungen. Solange die Beziehungen zwischen Staaten auf dem guten Glauben beruhten – das war zwischen Frankreich und England ein Postulat während der zwanziger Jahre –, schloß die Berufung auf die aus seinem offiziellen Engagement hergeleiteten Rechte die Anwendung anderer Druckmittel aus, seien sie nun finanzieller oder militärischer Art. Andererseits schien die diplomatische Situation im Herbst 1922 blokkiert zu sein: sowohl durch Deutschland, das sich weigerte, die erforderlichen Anstrengungen für die Sanierung seiner Finanzen und die Bezahlung seiner Schulden zu machen, und durch die Vereinigten Staaten, die sich der Annullierung ihrer Schuldforderungen widersetzten. Während man also in London fortfuhr, die Chancen eines Wandels der amerikanischen Haltung abzuschätzen, war man in Paris mehr und mehr entschlossen, notfalls mit Gewalt Deutschland dazu zu bringen, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen.

Tatsächlich hatte das Unvermögen Englands, das finanzielle Durcheinander rasch zu klären, indem es die Frage der Schulden und Reparationen im Ganzen

[25] Bradbury an Bonar Law, 23. 10. 1922, PRO FO 371/7486.

[26] Diese Ziffer von 40 Milliarden, die geringer ist als normalerweise in den französischen Dokumenten genannte Summen, hat Bradbury wohl bei den Besprechungen innerhalb der Reparationskommission aufgenommen. Sie bestätigt jedenfalls, daß die französische Regierung sehr wohl eine Reduzierung der Reparationen akzeptierte.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anging, eine Verhärtung der französischen Politik zur Folge. „Im Grunde gibt es für Sie zwei wesentliche Probleme, die interalliierten Schulden und die Ruhr", meinte der italienische Botschafter in Paris, Baron Avezzana, zu Seydoux[27]. Weil sie keinen Ausweg aus ihren finanziellen Problemen durch die Regelung ihrer Auslandsverschuldung fand, sah sich die französische Regierung unvermeidlich auf die einzige Lösung hingetrieben, die ihr zu bleiben schien: die Pfandnahme. Am 16. Oktober gab Poincaré dies dem Botschafter in London, Saint-Aulaire, zu verstehen, wobei er erneut bekräftigte, daß er den britischen Wunsch nicht akzeptieren könne, die Konferenz über die interalliierten Schulden, die in Brüssel zusammentreffen sollte, bis zur Rückkehr aller Finanzmissionen aus Amerika zu verschieben. „Wir können diese Ausflüchte nicht annehmen ... Wenn sie [die britische Regierung] sich zu der von uns seit August verlangten Konferenz nicht bereit zeigt, muß sie damit rechnen, daß wir in eine von ihnen wie von uns gleicherweise befürchtete Lage gedrängt werden: wir wären gezwungen, allein zu handeln, weil sich unsere Alliierten nicht rechtzeitig mit uns verständigen wollten."[28]

Noch andere Faktoren führten zur Verhärtung der französischen Politik. Beim Studium der Akten Millerands[29] kann man eindeutig feststellen, daß die ab November in den Elysée-Palast gelangenden Berichte und Ratschläge alle die Notwendigkeit betonen, die Situation durch einen Kraftakt zu lösen. Die wachsende Überzeugung, daß Großbritannien eine globale und zufriedenstellende Verständigung über die Schulden und Reparationen verweigern werde, schien schwerer zu wiegen als etwaige ernsthafte Befürchtungen über den Ausgang einer Besetzung der Ruhr. In den letzten Tagen des November entschied sich der Ministerpräsident, den Schritt zu wagen: die Besetzung des Ruhrgebiets schien ihm das einzige Mittel, den Widerstand seiner Gegner zu brechen, denjenigen Großbritanniens inbegriffen. Dieser Gesichtspunkt geht aus einer französisch-belgischen Unterredung am 25. November klar hervor. Poincaré erläuterte die Vorteile einer gewaltsamen Lösung und fuhr fort: Frankreich werde sich der Kohle bemächtigen, die ein ausgezeichnetes Pfand sei, denn „wir rühren damit an die Interessen der Engländer, die Angst vor der deutschen Konkurrenz haben"[30].

Aber es vergingen mehr als sechs Wochen zwischen dem Entschluß Poincarés – der anhand der Papiere Millerands auf die letzten Tage des November 1922 datiert werden kann – und dem Eindringen der französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet. Während dieser Zeit hat der französische Ministerpräsident zweimal den britischen Premierminister Bonar Law getroffen, zuerst in London, dann in Paris. Da erhebt sich die Frage, ob sich bei diesen letzten

---

[27] Aufzeichn. Seydoux vom 22. 11. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 23.

[28] Poincaré an Saint-Aulaire, 16. 10. 1922, ebenda.

[29] Ebenda, Dossiers 23 und 24.

[30] Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Poincaré, Theunis und Jaspar, 25. 11. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 23.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Begegnungen ein Dialog unter Tauben abspielte, oder ob nicht doch, angesichts der dringenden Gefahr, der Graben zwischen Franzosen und Briten allmählich zugeschüttet wurde.

Man muß wohl vorweg feststellen, daß Poincaré bei dieser Fahrt nach London zweifellos weniger zur Versöhnung geneigt war als im August. Am 5. Dezember prüfte er mit dem Finanzminister die Vorschläge, die auf der Konferenz in London unterbreitet werden sollten und da mußte er sich entscheiden zwischen den Plänen der Rue de Rivoli und denen des Quai d'Orsay[31]. Der Finanzminister legte ihm eine von Tannery vorbereitete Note vor, die von Kleinigkeiten abgesehen, den Grundzügen der Note vom 30. Januar folgte[32]: die deutsche Schuld sollte auf 50 oder 75 Milliarden Goldmark reduziert werden, je nachdem, ob alle oder nur die intereuropäischen Kriegsschulden annulliert würden; die Prozentsätze von Spa sollten zugunsten Frankreichs geändert werden. Seydoux betonte in seinem Vermerk vom 30. November erneut die Priorität der zerstörten Gebiete vor der Schuldenfrage und ließ das Prinzip einer Kompensation zwischen Schulden und Reparationen nur gelten, wenn die A- und B-Obligationen vorher beglichen worden seien. Denn der stellvertretende Direktor der Handelsabteilung fürchtete immer, daß Frankreich von seinen Alliierten im Stich gelassen werden könnte, wenn es darum ging, Deutschland zu zwingen, gekürzte Summen zu bezahlen, die fast ausschließlich Frankreich zugute kommen würden[33].

So zeigte sich aufs Neue der Gegensatz zwischen dem Finanzminister und Seydoux. Der erstere suchte nach einer Gesamtregelung durch eine spürbare Veränderung des Zahlungsmodus von 1921 und der Prozentsätze von Spa, während der Vertreter des Quai d'Orsay gegenüber einer Reduzierung der Reparationen zurückhaltend blieb und aus Furcht vor einer schließlichen Isolierung Frankreichs die bestehenden Abmachungen aufrecht erhalten wissen wollte. Poincaré stellte sich nun am 5. Dezember ohne Umschweife auf die Seite von Seydoux. Solange über den Kern des Problems zwischen den Alliierten keine politische Einigung zu erzielen war, hielt er es für unnütz, neue Kalkulationen vorzuschlagen, wie es der Finanzminister wünschte. Er forderte, sich doch den Realitäten zu stellen: „Wir gehen nach London, um eine Liquidation der interalliierten Schulden zu verlangen; man wird uns sagen, das sei unmöglich. Wir werden dann verlangen, Deutschland zu veranlassen, Kredite aufzunehmen; man wird uns sagen, das sei unmöglich. Nun, dann kehren wir zurück und gehen daran, unsere eigene Politik zu machen. Es ist also unnütz, unter diesen Bedingungen Zahlen vorzutragen."[34]

Als die vier Chefs der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und Italiens am 9. Dezember in London zusammentrafen, machte Poincaré den-

[31] In der Rue de Rivoli befindet sich das französische Finanzministerium, am Quai d'Orsay das Außenministerium.

[32] Note Tannerys vom 1. 12. 1922, AF, F 30/1360.

[33] Note Seydoux vom 30. 11. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 23.

[34] Aufzeichn. über die Besprechung am 5. 12. 1922, AE, papiers Millerand, dossier 24.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch offiziell den Vorschlag, die Bons der deutschen C-Obligationen und die interalliierten Schulden gegeneinander aufzurechnen, sei es indem die französische Regierung sich verpflichte, ihre Schulden aus den Erträgen der liquidierten C-Bons zu begleichen, oder indem sie sofort an ihre Gläubiger einen der Summe der Schuld entsprechenden Anteil an den C-Bons abtrete. Diesen Vorschlag lehnte Bonar Law ab, nicht, wie er betonte, wegen mangelnder Großzügigkeit, sondern weil Großbritannien ebenso große finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu meistern habe wie Frankreich sie durchmache. Die in England herrschende Arbeitslosigkeit sei auf die hohen Steuern zurückzuführen und diese wiederum seien zu einem großen Teil durch die Last der Schulden Englands verursacht. Diese könnten gewissermaßen den Zerstörungen in Frankreich gleichgesetzt werden[35]. Großbritannien könne deshalb keinen Plan akzeptieren, der die Rückzahlung seiner Schulden gegenüber den USA ihm allein auflasten würde. Immerhin erklärte sich Bonar Law bereit – und damit wich er vom Inhalt der Balfour-Note ab –, zuzugestehen, daß Großbritannien weniger von seinen Alliierten und von Deutschland erhalte als es für die Rückzahlung an die USA nötig habe. Das ist sicher eine bedeutende Konzession, aber es bleibt die Frage, ob sie im Detail der Kalkulationsvorschläge ausreichend war, um den Graben zwischen der französischen und der britischen Position zu überbrücken. Das Studium des Plans von Bonar Law – der von Bradbury ausgearbeitet wurde – wird das erweisen. Tatsächlich trennten sich die Alliierten in London ohne formelle Beschlüsse und kamen am 2. Januar in Paris wieder zusammen. Nun war es Bonar Law, der der Konferenz bei Beginn einen Plan vorlegte – der so kompliziert war, daß Carl Bergmann dazu sagte: „Ich möchte lieber die Reparationen zahlen als den Plan Bonar Laws verstehen."[36] Wir werden trotzdem versuchen, seine hauptsächlichsten Bestimmungen zu erklären, und vor allem sehen, was sich daraus für Frankreich und Großbritannien ergab.

Der britische Vorschlag sah vor, Deutschland die Zahlung zweier Serien von Obligationen in Höhe von 50 beziehungsweise 17,3 Milliarden Goldmark zur Auflage zu machen. Die Obligationen der ersten Serie sollten zu 20% (10 Milliarden) zur Bezahlung der Besatzungskosten und zur Bereinigung von Forderungen zwischen den Alliierten dienen. Der Rest (40 Milliarden) sollte nach den Prozentsätzen von Spa verteilt werden, wobei jedoch gewisse Teile von Belgien, Italien und Frankreich zugunsten Englands wieder abgetreten werden sollten, das im Austausch damit seine Kriegsschuldforderungen annullieren würde. Ferner würde England das Gold, das ihm während des Krieges zur Deponierung anvertraut wurde, als Gegenleistung für die Darlehen, die es vor Kriegseintritt der USA gewährte, behalten. Darüberhinaus sollte es das Recht erhalten, nach

[35] „Man müsse sich fragen", erklärte der Premierminister, „ob die Schulden nicht selbst einen Verlust darstellen, der in die Reparationen einbezogen werden sollte." Vgl. Weill-Raynal, a. a. O., S. 312 ff.

[36] Zitiert bei Jacques Seydoux, De Versailles au Plan Young, Paris 1932, S. 193. Siehe auch die knappe Darstellung des Plans bei Bergmann, a. a. O., S. 206 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigenem Ermessen die Reparationsleistungen der anderen ehemaligen Feindstaaten (Österreich, Ungarn, Bulgarien) zu regeln. Was die Obligationen der zweiten Serie betraf (17,3 Milliarden), so sollten sie nach Emittierung zwar entsprechend den Prozentsätzen von Spa verteilt, durch Wiederabtretung aber tatsächlich zur Zahlung der Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten verwendet und deshalb zwischen den verschiedenen Schuldnern im Verhältnis ihrer Schulden verrechnet werden.

Konkret gewährte dieser Plan, den Erläuterungen von Bradbury zufolge[37], England 14,1 Milliarden Goldmark (nach aktuellem Wert), während die englischen Schulden gegenüber den USA 20 Milliarden Mark betrugen. Nach dem britischen Experten deckte der Plan Bonar Laws folglich 70% der britischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten ab, vielleicht bis zu 90%, wenn die amerikanische Regierung die Schulden ihrer anderen Schuldner reduzieren und wenn demzufolge Großbritannien einen größeren Teil der Obligationen der zweiten Serie bekommen würde.

Frankreich seinerseits würde aus den Obligationen der ersten Serie 16,43 Milliarden Goldmark und aus denen der zweiten 3,15 Milliarden, also insgesamt 19,58 Milliarden (nach aktuellem Wert) erhalten. Frankreich würde demnach nur 65% der Beiträge bekommen, die es bisher schon in den Wiederaufbau gesteckt hatte, und nichts für die weiteren Ausgaben. Seine Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten würden zu weniger als 20% abgedeckt werden[38]. Der Plan Bonar Laws bedeutete also eine Veränderung der Prozentsätze von Spa zugunsten Großbritanniens; obwohl er der französischen These einer Priorität der Reparationen gegenüber den Schulden Rechnung trug, hatte er keine Chance, in Paris akzeptiert zu werden. Darüberhinaus verlangte die britische Regierung die Abtretung der während des Krieges in England deponierten Goldvorräte, was den Vereinbarungen von Calais und Boulogne widersprach und für die französischen Politiker unannehmbar schien: wenn dieses Gold nicht mehr zu den Reserven der Banque de France gerechnet würde, wäre ein neuer Kurssturz des Franc zu befürchten[39]. Wenn man schließlich England allein die Regelung der Reparationen Österreichs, Ungarns und Bulgariens überließ, so war zu befürchten, daß es das benützen würde, um seinen finanziellen Einfluß in diesen Ländern auszuweiten.

Der Plan Bonar Laws war also nicht, wie Bradbury schrieb[40], der äußerste Punkt, bis zu dem die englische Regierung Poincaré entgegenkommen konnte,

---

[37] Bradbury an Baldwin, 15. 12. 1922, PRO, FO 371/7490.

[38] Das ist nur eine Annäherungsrechnung, da die französischen Schulden noch nicht genau festgesetzt waren. Hinsichtlich der britischen Schulden ging Bradbury aber gleicherweise vom Nominalkapital der Schulden aus, ohne deren Reduzierung durch die Konsolidation zu berücksichtigen.

[39] Logan an das State Department, 5. 1. 1923, Library of Congress, Washington, Nachlaß Fletcher, Box 9.

[40] Bradbury an Baldwin, 15. 12. 1922, PRO, FO 371/7490.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern eine Replik auf die von diesem eventuell zu erwartenden Vorschläge. Wenn ein Eindringen in das Ruhrgebiet, von London aus gesehen, den ersten Schritt in Richtung einer französischen Hegemonie über Europa bedeutete, so könnte der Plan Bonar Laws ebenso als Mittel zur Wiederherstellung der britischen Vormachtstellung gelten, indem er Großbritannien die Wiedergesundung seiner Währung und finanzielle Einflußnahme in Mitteleuropa ermöglichte. So hat man ihn jedenfalls in Paris aufgefaßt[41].

Wir wollen auf die französische Antwort auf den Plan Bonar Laws nicht näher eingehen[42]. Der eben gegebene Hinweis auf einige Aspekte des britischen Plans genügt, um die Unvereinbarkeit der Positionen Londons und Paris' zu zeigen. Am 4. Januar konstatierten die beiden Regierungschefs ihre Nichtübereinstimmung. Die Konferenz von Paris ging auseinander. Acht Tage später drangen die französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet ein. Man verstehe uns richtig. Wir behaupten keinesfalls, die Ruhrbesetzung sei *ausschließlich* darauf zurückzuführen, daß Paris und London keine Übereinkunft über die interalliierten Schulden finden konnten. Das würde bedeuten, die anderen Elemente der französischen Politik, die dabei doch auch eine Rolle spielten (Rheinlandpolitik, Bedarf an verkokbarer Kohle für die französische Industrie) zu gering zu achten, selbst wenn in manchen Darstellungen ihre Bedeutung übertrieben worden ist. Aber ganz offensichtlich fiel das Problem der interalliierten Schulden bei der Entscheidung Poincarés und dem Bruch im Januar 1923 stark ins Gewicht, direkt wie indirekt, indem dadurch die britischen Absichten aufgedeckt wurden. Denn die französisch-britischen Meinungsverschiedenheiten entstanden nicht nur wegen der Bedingungen, unter denen man Deutschland einen Zahlungsaufschub gewähren könnte, sondern hauptsächlich über der Frage einer eventuellen Reduzierung der Reparationen. Nun zeigen aber die französischen Akten klar, daß die Pariser Regierung einer solchen Reduzierung nicht grundsätzlich feindlich gesinnt war, wenn man einen *modus vivendi* in der Frage der Schulden fände.

Sicher wird man einwenden können, Poincaré hätte den Vorschlag eines Austausches der Bons der C-Obligationen mit den interalliierten Schulden nur gemacht, weil er wußte, daß ihn die Engländer nicht annehmen konnten. Der Vorschlag hätte also nur als Tarnung gedient für die Absichten des Ministerpräsidenten, sich der Ruhr zu bemächtigen, wozu er von den extremistischen Kräften Frankreichs gedrängt wurde. Aber dieser Hypothese steht die Haltung des Finanzministers entgegen, der sich diese Lösung ohne Hintergedanken zu eigen gemacht hatte, da er mit der Reduzierung und Aufbringung der Reparationen einen schnellen Eingang neuer Geldmittel erhoffen konnte und sie ihn der Sorge wegen der Schulden entband. Poincarés bisherige Haltung und sein Charakter schließen die Annahme aus, er habe die Vorschläge seines Finanzministers auf die leichte Schulter genommen und nur als Vorwand, um Zeit zu gewinnen.

---

[41] Poincaré an Jusserand, 5. 1. 1923, AE (Bestand in Neuordnung begriffen).

[42] Vgl. die Darstellung bei Weill-Raynal, a. a. O., S. 346 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenfassend kann man anhand der französischen und britischen Akten wohl feststellen, daß die Ursache der Streitigkeiten zwischen Frankreich und Großbritannien nicht in der Notwendigkeit einer Reduzierung der Reparationssumme lag, auch nicht im Ausmaß dieser Reduzierung, sondern in der Art und Weise wie unter dem Blickwinkel einer Revision der Prozentsätze von Spa die Opfer verteilt werden sollten: der britischen These des Vorrangs der Schulden stand die französische These der Priorität der Reparationen für die zerstörten Gebiete entgegen. Denn worauf Frankreich und England hinzielten, mit Leidenschaft, kann man sagen, war die Wiedergewinnung der Grundlagen ihrer Vorkriegsmacht, um die Dynamik, das Wachstum, ja sogar den Imperialismus des Jahrhundertanfangs wieder aufnehmen zu können. Dem standen nun in Frankreich die Belastungen durch die zerstörten Gebiete und die Auslandsschulden im Wege, in England die Schwäche des Pfundes und der Niedergang der Finanzmacht der City, das heißt die Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten. Aus diesen Schwierigkeiten gab es nur einen Ausweg: vom Besiegten oder unter Umständen von den alten Verbündeten die zum Ausgleich dieses Nachteils notwendigen Summen zu fordern. Wenn aber Deutschland durch seine Zahlungen nicht allen Genüge tun könnte, wie dann den kleinen Kuchen aufteilen zwischen allen Berechtigten, deren Appetit durch den Sieg und die erwachsenen Bedürfnisse gestiegen war?

Zu diesen Grundgegebenheiten kamen die Besonderheiten des Jahres 1922 hinzu; vor allem die Menschen und ihr Charakter. Lloyd George gab sich der Illusion hin, Poincaré bluffe, und als im Dezember sein Nachfolger Bonar Law begriff, daß er einen Schritt des Entgegenkommens machen müsse, tat er das nur mit großer Knausrigkeit. Da war es überdies – infolge einer fatalen Überschneidung der Geschichte – zweifellos zu spät: Poincaré, der sicher bis zum Sommer, vielleicht auch noch im Herbst den Dialog mit London gesucht hatte, wollte im Dezember nur noch mit einem Pfand in der Hand verhandeln, einem Pfand, das in gewisser Weise gleichwertig war mit dem, das Großbritannien mit den Schuldforderungen gegenüber Frankreich besaß. Um ihn zum Verzicht auf dieses Pfand zu bewegen, hätte es seitens Englands exorbitanter Konzessionen bedurft, eine bedingungslose Kapitulation vor den französischen Forderungen, die offenbar unvereinbar war mit der „britischen Würde".

Schließlich muß man die Gewichtigkeit der amerikanischen Politik in Betracht ziehen. Nach der World War Debt Funding Act vom Februar 1922 und der seitens der amerikanischen Regierung an ihre Schuldner gerichteten Bitte, zur Konsolidierung ihrer Schulden nach Washington zu kommen, konnte die britische Regierung nicht mehr die Verzögerungstaktik weiterverfolgen, die sie seit 1919 betrieben hatte. Entweder mußte sie sich mit den Alliierten und Deutschland zusammentun, um auf die amerikanische Regierung Druck auszuüben und auf diese Weise eine Reduzierung der Schulden zu erreichen. Oder sie entschied sich, aus den von uns genannten Gründen, für den umgekehrten Weg einer Allianz mit den Vereinigten Staaten, was ihr aber für eine Klärung der Situation aus-

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reichende Konzessionen verbot. So ist der Wendepunkt, den die Ruhrbesetzung des Jahres 1923 markiert, nur der Reflex einer anderen, entscheidenderen Wendung, die mit der englisch-amerikanischen Annäherung auf der Flottenkonferenz im Februar 1922 begann und im Juli mit dem Entschluß zur Konsolidierung der Kriegsschulden fortgeführt wurde. Von diesem Datum ab wurden die Vereinigten Staaten durch die Schuldenfrage direkt oder indirekt veranlaßt, die Geschichte Europas zu beherrschen, und die deutsch-französischen Beziehungen entwickelten sich von nun an nicht nur im europäischen Kontext, sondern in einem „atlantischen" Rahmen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte